



Universität
Rostock



Traditio et Innovatio

PRÄViS MV

Radikalisierungsprävention in Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Forschungsbericht

Zur Frage der Passung von außerschulischen Angeboten und schulischen Bedarfen im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention an allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Gudrun Heinrich
Alexandra Gericke, M.A.
Johannes Haupt
Nils Zenker

Arbeitsstelle politische Bildung und Demokratiepädagogik / Institut für Politikwissenschaften /
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät / Universität Rostock

Im Auftrag des Netzwerkes Bildung & Demokratie des landesweiten Zentrums für Lehrkräftebildung und Bildungsforschung

MDR.DE > Nachrichten > Deutschland > Gesellschaft



OSTDEUTSCHE BUNDESLÄNDER

Schulen melden mehr rechtsextreme Vorfälle

15. Juli 2023, 17:43 Uhr

Schülervertretungen besorgt

Mehr rechtsextreme Fälle an Schulen gemeldet

Stand: 20.04.2024 09:12 Uhr

Die Schülervertretungen der ostdeutschen Bundesländer beklagen zunehmenden Rechtsextremismus an Schulen. Sie fordern ein entschiedenes Gegensteuern der Politik. Doch die Bildungsministerien verweisen auf bestehende Strategien.

Vorläufige Zahlen für 2024

Mehr rechtsextreme Straftaten

06.01.2025 | 02:39



Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat 2024 einen neuen Höchstwert erreicht. Die Linken-Politikerin Renner warnt vor einer alarmierenden Entwicklung - und fordert Maßnahmen.

BILDUNG

Rechtsextremismus an Schulen: Werden Hass und Hetze zur neuen Normalität?

18. Mai 2024, 10:51 Uhr



Rechtsextreme Vorfälle an Schulen

Starker Anstieg, hohe Dunkelziffer

An Berlins Schulen werden immer mehr rechtsextreme Vorfälle registriert. Fachleute befürchten aber, dass das Problem eigentlich noch viel größer ist.

24.7.2024 | 14:55 Uhr

 teilen



Auch Zunahme bei Islamismus

Drei Mal mehr rechtsextreme Vorfälle an Schulen

Die Zahl der gemeldeten rechtsextremen und islamistischen Vorfälle an Schulen nimmt zu. Rassistische und rechtsextreme Vorfälle sind dabei mit Abstand am häufigsten. Es geht um Schmierereien, Parolen und Chat-Bilder.

Veröffentlicht am 17.10.24 um 08:45 Uhr



Angaben des Bildungsministeriums

Rechtsextreme Vorfälle an Schulen in Brandenburg steigen

Hakenkreuze und Hitlergruß: Ein Jahr nach dem Hilferuf einer Schule im Spreewald ist das Problem von Rechtsextremismus in Bildungseinrichtungen noch größer geworden. Vor allem in Brandenburg werden mehr Vorfälle gezählt.

22.07.2024, 15:30 Uhr



Antidemokratische Vorfälle

Rechtsruck in Klassenzimmern stellt Lehrkräfte vor Herausforderungen

Mo 08.07.24 | 10:34 Uhr | Von Jonas Wintermantel



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Zielstellung und methodisches Vorgehen	4
Wahrnehmung von antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen	5
Akteure antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen	6
Direkte Konfrontation mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen	8
Inhalt und Struktur antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen an Schulen	9
Bedrohungsgefühl und Unterstützung innerhalb des Systems	10
Strategien bei antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen	11
Das offizielle Meldeverfahren für antidemokratische Vorfälle in M-V	13
Hausordnungen als Element einer repressiven Strategie	15
Demokratische Schulkultur als Element einer integrativen Strategie	16
Akteure der Radikalisierungsprävention in Mecklenburg-Vorpommern	19
Präventionslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Strategiekompass	20
Regionalzentren für demokratische Kultur	22
Kooperation von schulischen und außerschulischen Akteur:innen	24
Nutzung der Kooperationen	25
Herausforderungen der Kooperation	27
Handlungsempfehlungen I: Sensibilisierung und Auseinandersetzung fördern und ermöglichen	28
Handlungsempfehlungen II: Reform des Meldeverfahrens	30
Handlungsempfehlungen III: Angebote besser kommunizieren und ausbauen	31
Ausblick	34
Literatur	35
Impressum	36

Einleitung

Der Landtag und die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern (MV) beschlossen 2006 mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, Schulen noch stärker zu Lernorten für Demokratie zu entwickeln, in denen Lernende und Lehrende demokratische Erfahrungen sammeln und ihr Bewusstsein für Demokratie erweitern können.

In diesem Zuge werden seit 2007 verschiedenste Angebote für Schüler:innen und Lehrkräfte im Bereich der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention vom Land MV mit Strukturfördermitteln unterstützt. Die tatsächliche Nutzung der Unterstützungsangebote durch die Schulen wurde bisher nicht systematisch erfasst. Auch bundesweit ist bisher wenig über Unterstützungsbedarfe und Nutzungsbedingungen von Angeboten der Radikalisierungsprävention in Schulen bekannt.

Mit dem Forschungsprojekt PRÄViS wird die Frage nach der Passung von Angeboten außerschulischer Träger sowie ministerieller Strukturen mit den Bedarfen von Schule untersucht. Damit werden Erkenntnisse für eine Verbesserung der Steuerung der Angebote und Unterstützungsstrukturen erwartet.

Das Projekt wurde vom Netzwerk Bildung und Demokratie des landesweiten Zentrums für Lehrkräftebildung und Bildungsforschung (ZLB) umgesetzt sowie inhaltlich von der Arbeitsstelle politische Bildung und Demokratiepädagogik der Universität Rostock betreut. Die Mittel hierfür konnten über die Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Zielstellung und methodisches Vorgehen

Radikalisierung stellt eine zunehmende Herausforderung für die Gesellschaft dar und betrifft auch das Umfeld von Schulen, die als Orte der sozialen und demokratischen Bildung eine entscheidende Rolle in der Prävention spielen. Das Projekt PRÄViS verfolgt das Ziel, Handlungsvorschläge zu entwickeln, um präventive Ansätze an Schulen zu stärken und die Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Partner:innen zu verbessern. Die Frage der Passung dieser Angebote mit den schulischen Bedarfen im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern stand daher im Fokus der Untersuchung.

Nach einer Ist-Stands Analyse der vorhandenen Angebotsstruktur staatlicher und vor allem nicht-staatlicher Akteure im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention in MV wurde die Frage der schulischen Perspektive mithilfe eines online Fragebogens an alle Lehrkräfte aller Schulen in MV erarbeitet.

Das große Interesse von schulischer Seite zeigte sich durch einen hohen Rücklauf von insgesamt 475 auswertbaren Fragebögen. Aus Datenschutzgründen mussten wir auf Daten verzichten, die uns erlaubt hätte, eine Repräsentativität hinsichtlich von Schulform oder anderen Kriterien sicherzustellen. Daher muss die Befragung trotz des hohen Rücklaufs als explorativ angesehen werden. Die Befragung wurde ergänzt durch einzelne Fokusgruppengespräche mit Akteur:innen, die dazu dienten, die Ergebnisse besser einschätzen und Handlungsempfehlungen ableiten zu können.

Wahrnehmung von antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen

Um die Ausgangslage in den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern skizzieren zu können, fragten wir im Rahmen des Fragebogens danach, ob und in welchem Umfang „antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen“ im schulischen Raum wahrgenommen werden.

Die Definition folgt dem Konzept der „antidemokratischen Positionen und Einstellungen“, wonach „Aussagen und Handlungen dann als antidemokratisch zu bezeichnen sind, wenn sie dem Ideal der Gleichheit und Freiheit entgegenstehen und Gruppierungen, Religionen, Weltanschauungen, Lebensstile, Lebensphilosophien und/oder Lebenspraxen abwerten“ (Dannemann 2023, 166). Jedoch reduzierten wir dieses Konzept auf „antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen“, da die Ebene der Einstellungen unserer Ansicht nach nicht sichtbar ist und wir daher eine Abfrage ihrer Wahrnehmung für nicht sinnvoll erachten.

Die Frage nach „antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen“ nimmt Bezug auf das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF).

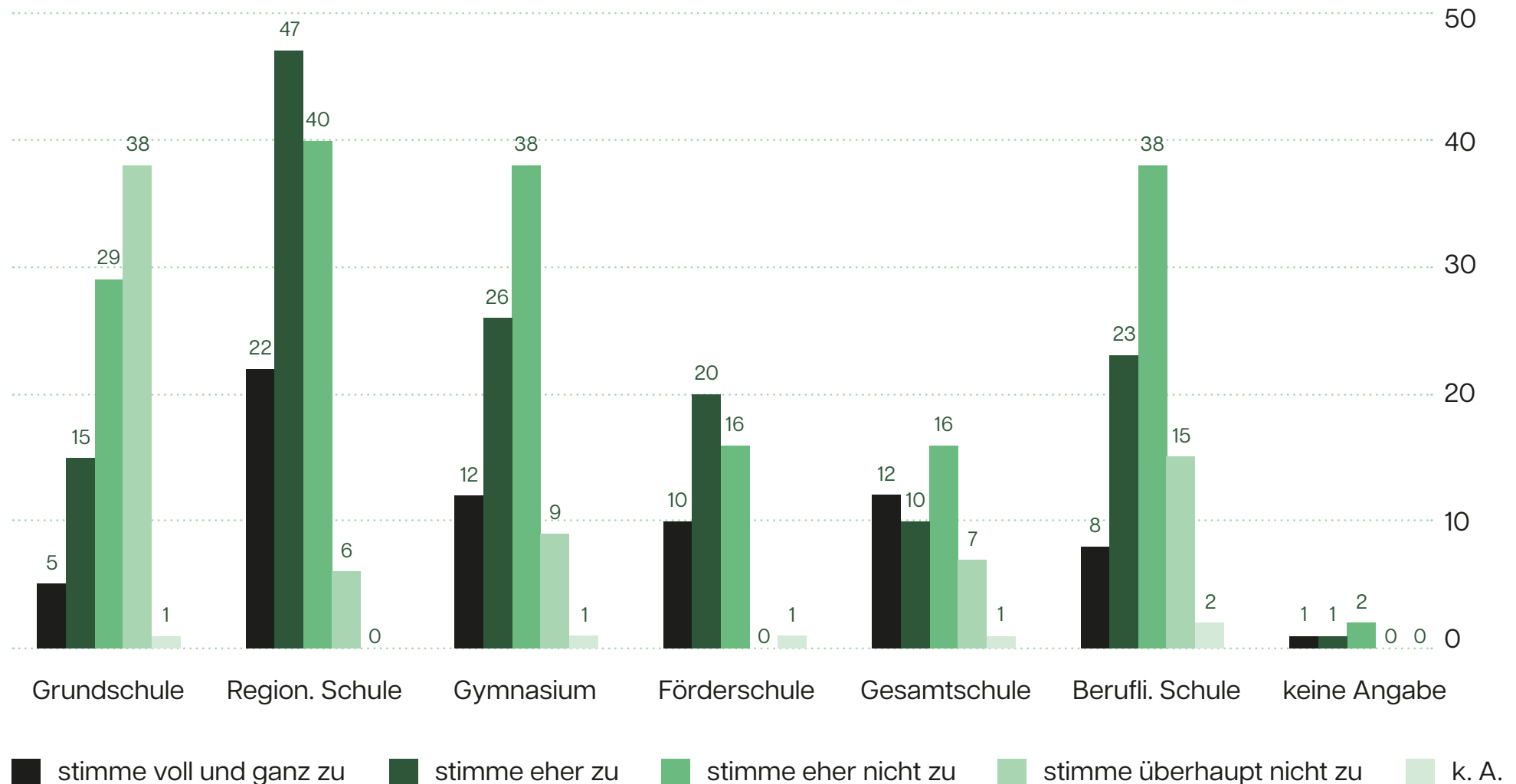
Damit wird die Perspektive von der politischen Dimension des Extremismus auf Vorurteilsstrukturen im Sinne einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ erweitert (Heitmeyer 2011), um antidemokratische Positionen zu identifizieren. Ziel ist es dabei, im Sinne des Radikalisierungsprozesses die Herausbildung oder Verfestigung von Einstellungen zu verhindern.

Das Ergebnis unserer Befragung zeigt, dass antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen in allen Schulformen vorkommen. Jeweils eine nur sehr geringe Anzahl der Antwortenden konnten der Aussage „Antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen gehörten zum Schulalltag meiner Schule“ überhaupt nicht zustimmen.

Die Antworten bilden ein spontanes Bild der Wahrnehmung der Akteure an Schulen ab, ohne dass eine Sensibilisierung hinsichtlich der Begrifflichkeit erfolgte. Aufgrund der nicht repräsentativen Verteilung der antwortenden Befragten hinsichtlich von Schulform oder regionaler Verteilung müssen immer die Gesamtzahlen und nicht die prozentualen Angaben im Mittelpunkt stehen.

Akteure antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen

Wie antworten die Befragten aus verschiedenen Schulformen auf die Aussage „Antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen gehören zum Schulalltag meiner Schule“?



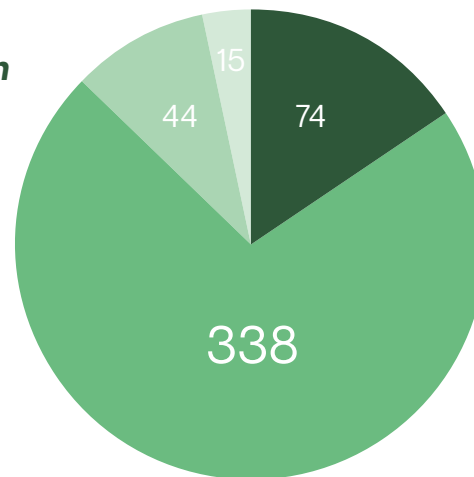
Akteure antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen

Wir gehen meist davon aus, dass antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen im schulischen Raum vor allem von Schüler:innen geäußert werden. Ist dies wirklich so, wie werden die Verursacher wahrgenommen?

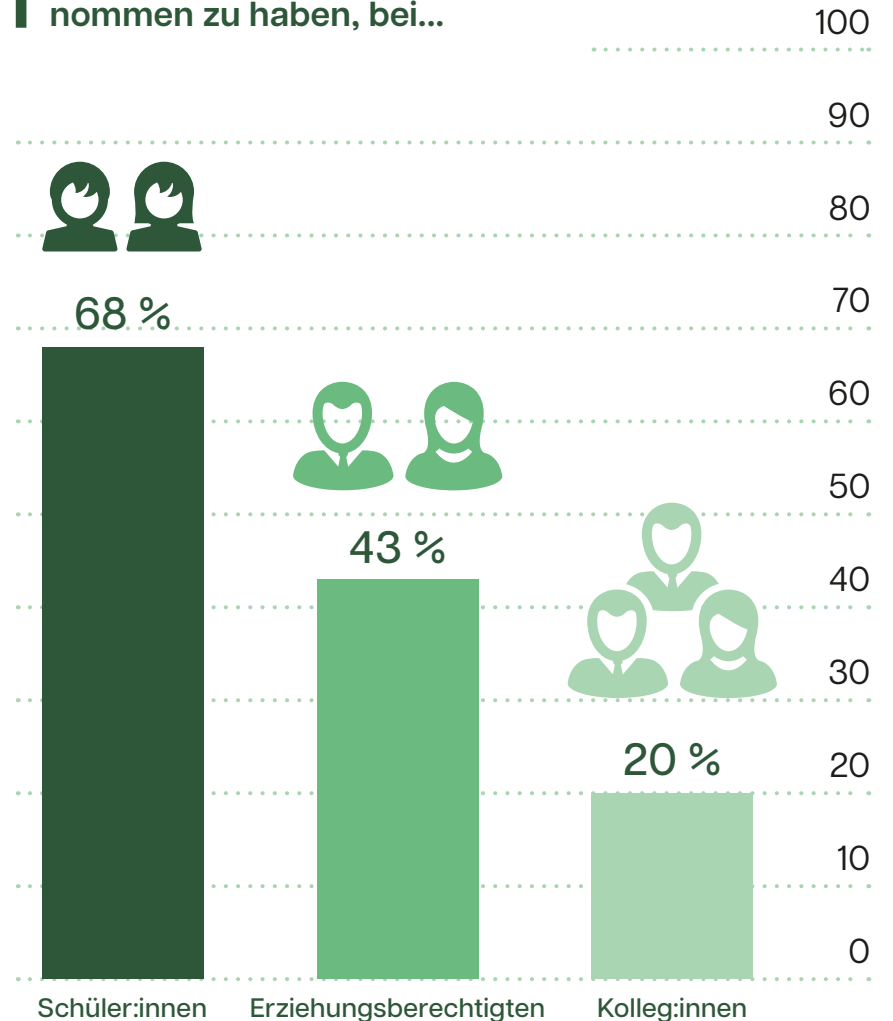
Daher haben wir gefragt von wem antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen wahrgenommen wurden. Im Mittelpunkt stehen hier – wie zu erwarten war – Schüler:innen. Für die schulische Präventionsarbeit relevant ist jedoch, dass auch Kolleg:innen und weiteres Schulpersonal zu dem Kreis zählen, von dem antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen zu erwarten sind.

Fühlen Sie sich in Ihrem schulischen Beruf durch antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen bedroht?

ja
 nein
 weiß nicht
 k. A.



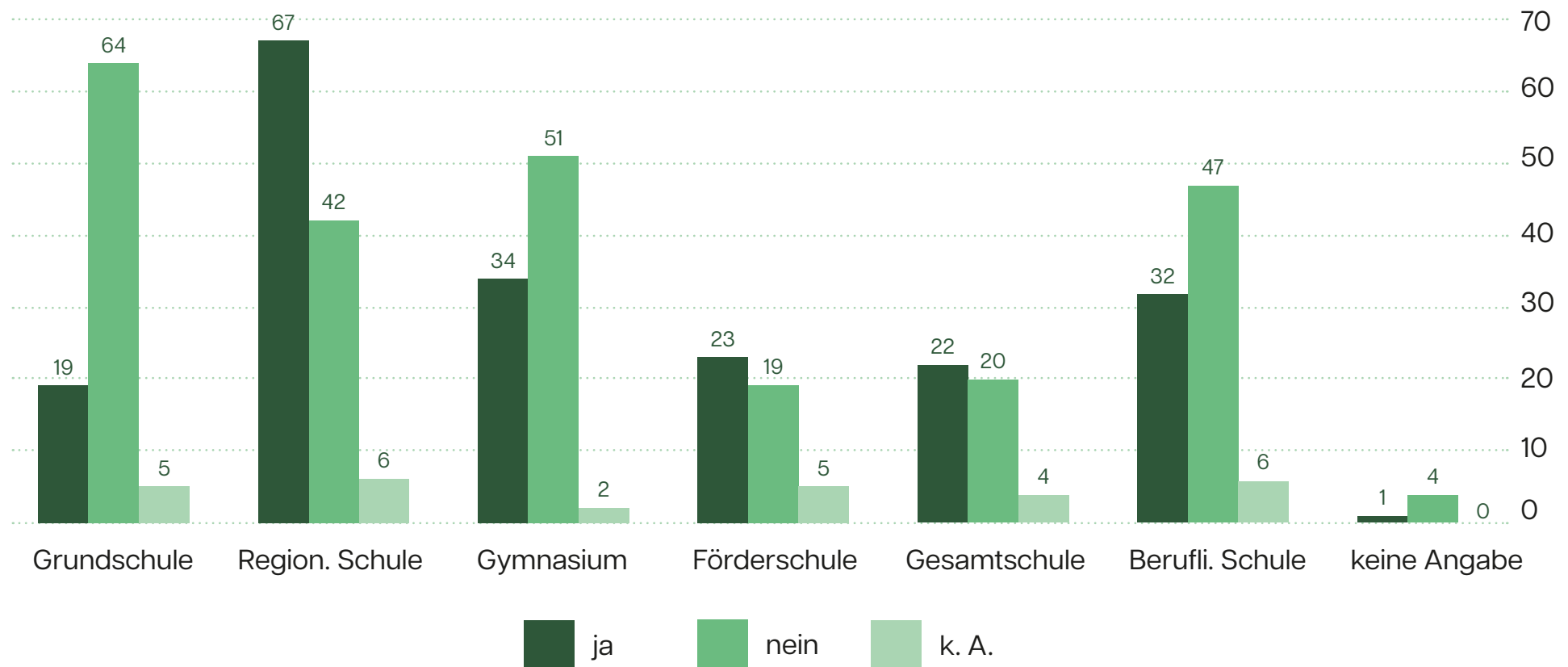
Die Befragten stimmten zu, antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen wahrgenommen zu haben, bei...



Direkte Konfrontation mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen

Auf die Frage, ob Sie selbst bereits mit einem antidemokratischen Vorfall konfrontiert waren, zeigt sich ein differenziertes Bild. An Regionalen Schulen,

Gesamtschulen und Förderschulen gaben mehr Befragte an, bereits konfrontiert worden zu sein, als dies verneinten.



Inhalt und Struktur antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen an Schulen

Im Rahmen der Befragung baten wir darum, Vorfälle zu beschreiben.

Die insgesamt vorliegenden 263 Beschreibungen wurden von uns unterschiedlichen Kategorien zugewiesen. Dabei zeigt sich eine Dominanz von Vorfällen mit klarem Bezug zum Nationalsozialismus, gefolgt von Vorfällen aus dem Spektrum von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Auch hier muss betont werden, dass es sich um das Abbild einer spontanen Einschätzung handelt. Die Sichtbarkeitsstruktur – also eindeutige, teilweise strafrechtsrelevante Positionieren – dominieren hier gegenüber unterschwelligen, nicht immer sofort erkennbaren antidemokratischen Positionen. Die Form der Befragung bildet hier lediglich die Einschätzung der befragten Lehrkräfte und Schulsozialarbeitenden ab, und nicht unbedingt die reale Situation an den Schulen. Unter Einbeziehung der Fokusgruppengespräche und weiterer Studien erscheint hier eine Sensibilisierung gegenüber weniger auffälligen Formen antidemokratischer Einstellungen und Positionen notwendig zu sein.

Kategorie	Anzahl
Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit, herkunfts- und migrationsförmige Ablehnung	38
Bezug zum Nationalsozialismus („Sieg Heil“, Hitlergruß, Hakenkreuz, NS-Symbolik, Holocaustverharmlosung/-leugnung)	76
Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus (Kleidung, Aussagen, Symbole, Musik)	26
Linksextremismus	2
Heterosexismus	8
Sexismus	3
Verwendung verfassungsfeindliche Symbole, Organisationen, Parolen, Grußformeln etc. (nicht genau benannt)	30
Rassismus	32
Antisemitismus	8
Muslimfeindlichkeit	2
Demokratiefeindliche oder regierungsfeindliche Aussagen, Ablehnung des Rechtsstaates	4
Nennung „antidemokratische Äußerungen“	8
Diskriminierung (nicht genau benannt)	7
Schmierereien (nicht genau benannt)	5
Sylt-Video	3
Diverse Äußerungen (nicht genau benannt)	7
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, menschenverachtende Äußerungen	4

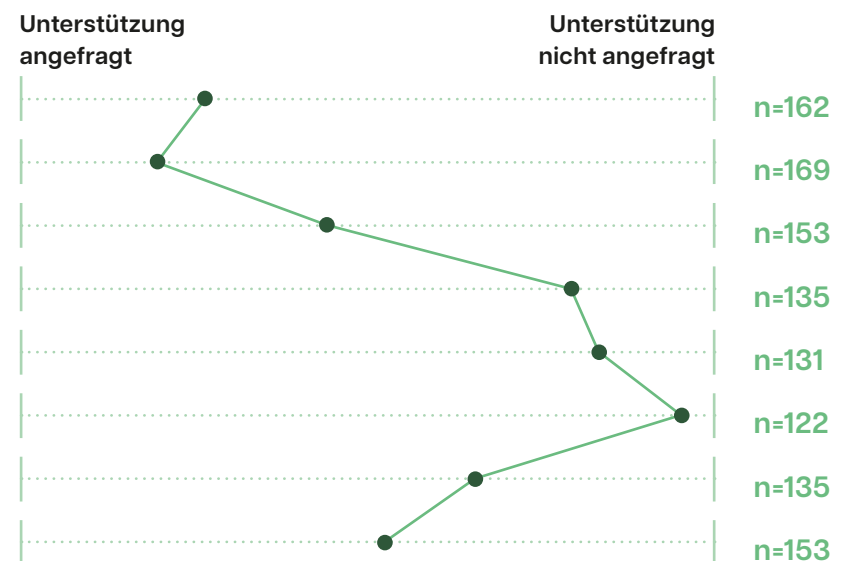
Bedrohungsgefühl und Unterstützung innerhalb des Systems

Um die Bedarfe an Schulen zu ermitteln fragten wir danach, wo schulische Akteur:innen infolge einer Wahrnehmung von antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen Unterstützung anfragen. Geschieht dies im engeren schulischen Rahmen oder werden Akteure im Kontext des Bildungsministeriums oder von außerhalb angefragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem das Kollegium als Unterstützungsstruktur wahrgenommen wird. Hier besteht die Herausforderung, die Kolleg:innen in Schu-

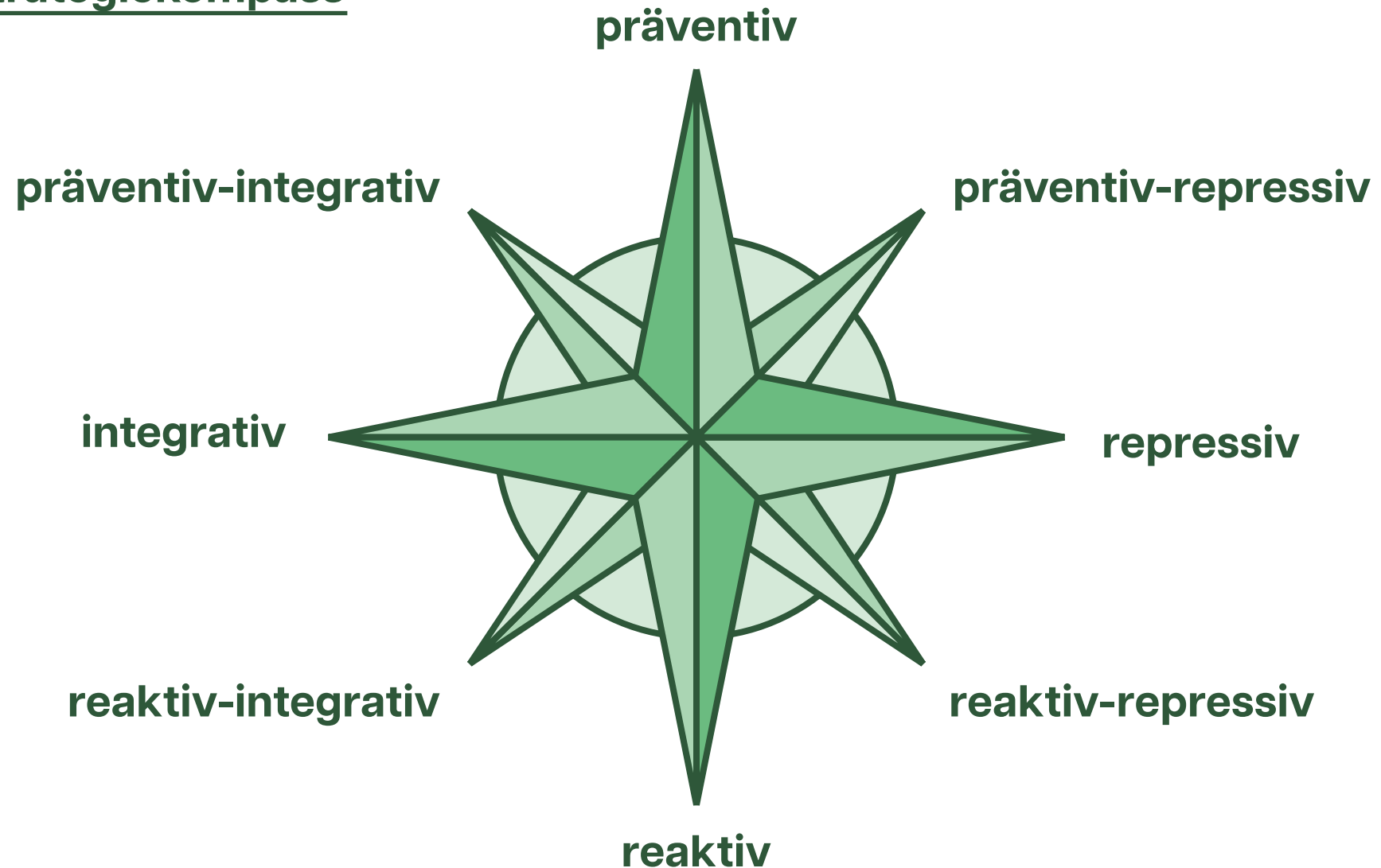
len in ihrer Expertise zu stärken und auch als Unterstützungsstruktur zu nutzen. Der Zentrale Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie (ZDS) sowie die noch relativ neue Struktur, das Kooperations- und Beratungssystem (KuBES) scheinen (noch) weniger als Unterstützung wahrgenommen zu werden. An außerschulischen Angeboten wird hier die Polizei als bedeutender angesehen im Gegensatz zu weiteren außerschulischen Organisationen und Trägern. Auch dieses Ergebnis sollte im Zuge der Reflexion der Unterstützungsstrukturen beachtet werden.

Schulleitung
Kollegen/Kolleginnen
Erziehungsberechtigte
Zentraler Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie (ZDS)
Schulamts/Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung M-V
Kooperations- und Beratungssystem speziell für die Zusammenarbeit zwischen Erziehungsberechtigten und Schule (KuBES)
außerschulische Organisationen und Träger
Polizei



Strategien bei antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen

Strategiekompass



Strategien bei antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen

Antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen bis zu antidemokratisch motivierten verbalen oder körperlichen Angriffen, setzen Schulen unter großen Handlungsdruck. Ziel des Projektes war es, nach der Passung der Angebote und Bedarfe zu fragen. Um dies systematisch darstellen zu können, gehen wir vom Modell des Strategiekompass der Radikalisierungsprävention aus. Dieses Modell unterscheidet Maßnahmen nach ihrer Intention.

Der Strategiekompass entstand zur Visualisierung der einzelnen strategischen Optionen im Umgang mit rechtsradikalen Strukturen und Ereignissen im regionalen und lokalen Kontext (Buchstein/Heinrich 2010).

Der präventive Strategieansatz zielt darauf ab, antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen im Voraus zu verhindern. Konkret können zu diesem Ansatz Maßnahmen der politischen Bildung, der historisch-politischen Bildung, Aufklärungsformate, Argumentationstrainings, interkulturelle oder auf Diversitätserfahrung zielende Begegnungen gezählt werden.

Der repressive Strategieansatz zielt darauf, durch Verbote und andere direkt eingreifende Maßnahmen

Handlungen zu verhindern bzw. im Nachgang zu ahnden, wie Anzeigen, Schulausschlüsse und auch restriktiv wirkende Hausordnungen, die Kleidung und Symbolik in der Schule verhindern wollen.

Der reaktive Strategieansatz bezieht sich auf konkrete Anlässe mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen. Das Ziel dieses Ansatzes besteht darin bei antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen oder gar manifest gewordenen Erscheinungsformen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ohne die repressive Ebene zu betreten indem eine unumkehrbare Sanktionierung ausbleibt. Vielmehr soll auf pädagogischer Ebene und mit dem Konzept der Anerkennung den Personen begegnet werden. Hierzu zählen klare Gegen-Argumentationen bis hin zu Maßnahmen der De-Radikalisierungs- oder Ausstiegsarbeit.

Der integrative Strategieansatz zielt darauf ab, umfassende Teilhabechancen für möglichst viele Menschen zu schaffen, um so Ausgrenzungen zu verhindern. Teiligungsformate, die Befähigung zur Beteiligung sowie demokratiepädagogische Ansätze, die das Erfahrungslernen in und für Demokratie betonen sind Beispiele für diesen strategischen Ansatz.

Das offizielle Meldeverfahren für antidemokratische Vorfälle in M-V

„Gemäß der Verwaltungsvorschrift für den Umgang mit Notfällen an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden meldepflichtige Vorfälle an öffentlichen Schulen statistisch erfasst, schulaufsichtlich zur Kenntnis genommen und - sofern angezeigt - schulpsychologisch begleitet. Dazu zählen auch Vorfälle mit vermeintlich extremistischem Hintergrund und Vorfälle im Bereich Kennzeichen/Propagandamittel verfassungswidriger Organisationen. Grundsätzlich besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem landesweiten Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz und dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung hinsichtlich extremistischer Vorfälle im Kontext Schule. Die Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz stehen den Schulen bei ex-

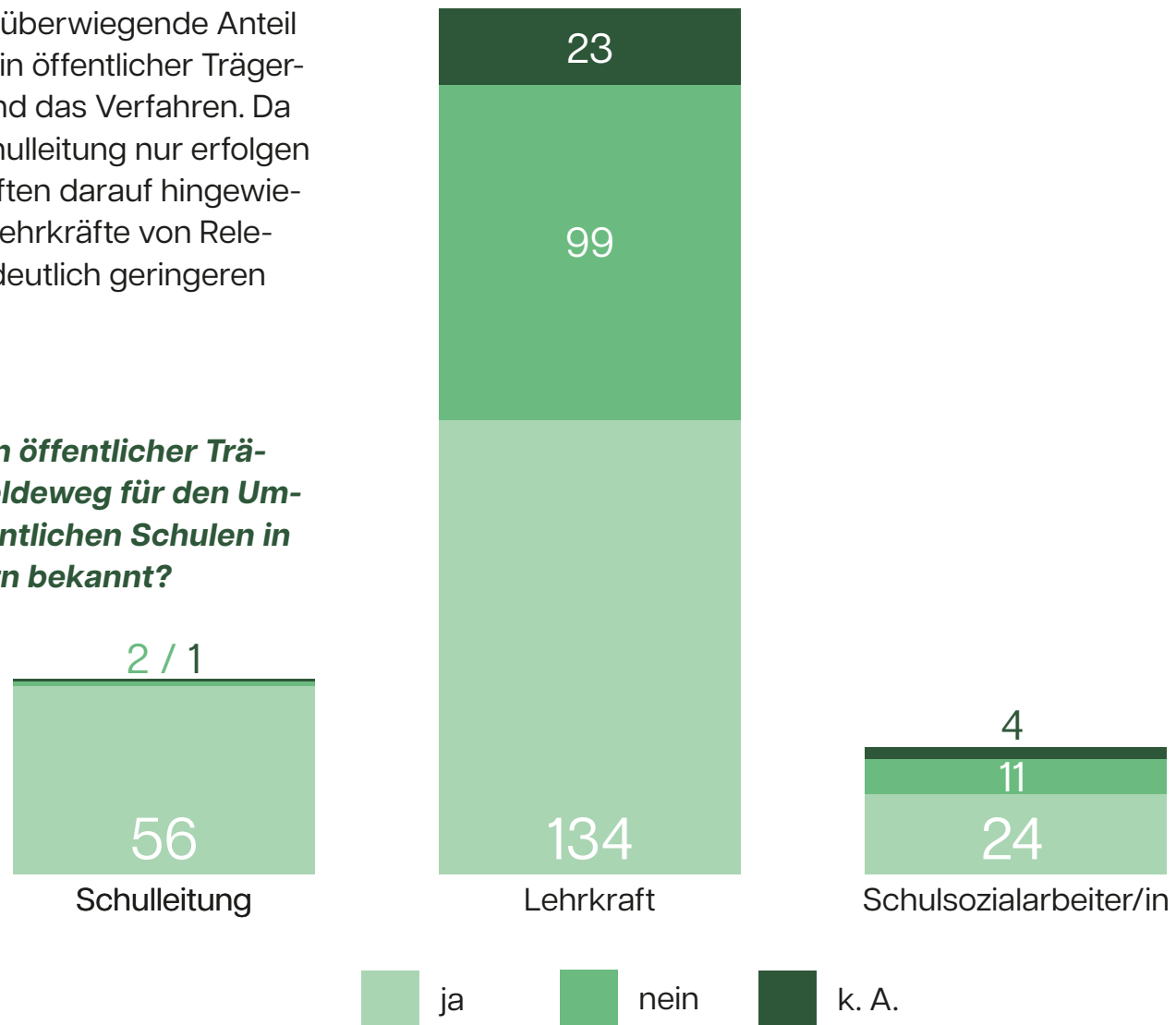
tremistischen Vorfällen als Unterstützungssystem zur Verfügung.“ (Hinweis des ZDS, 2025)

Hinweise auf eine Diskrepanz zwischen gemeldeten Fällen und Anfragen an die Regionalzentren waren der Anlass für uns, das Meldeverfahren nach seiner Funktionalität und Bekanntheit genauer zu untersuchen.

Das offizielle Meldeverfahren für antidemokratische Vorfälle in M-V

► Unsere Umfrage ergab: Der überwiegende Anteil der Schulleitungen in Schulen in öffentlicher Trägerschaft kennt den Meldeweg und das Verfahren. Da aber die Meldung über die Schulleitung nur erfolgen kann, wenn diese von Lehrkräften darauf hingewiesen wird, ist die Kenntnis der Lehrkräfte von Relevanz. Diese kennen zu einem deutlich geringeren Anteil das Verfahren.

Ist Ihnen an Ihrer Schule in öffentlicher Trägerschaft der offizielle Meldeweg für den Umgang mit Notfällen an öffentlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bekannt?

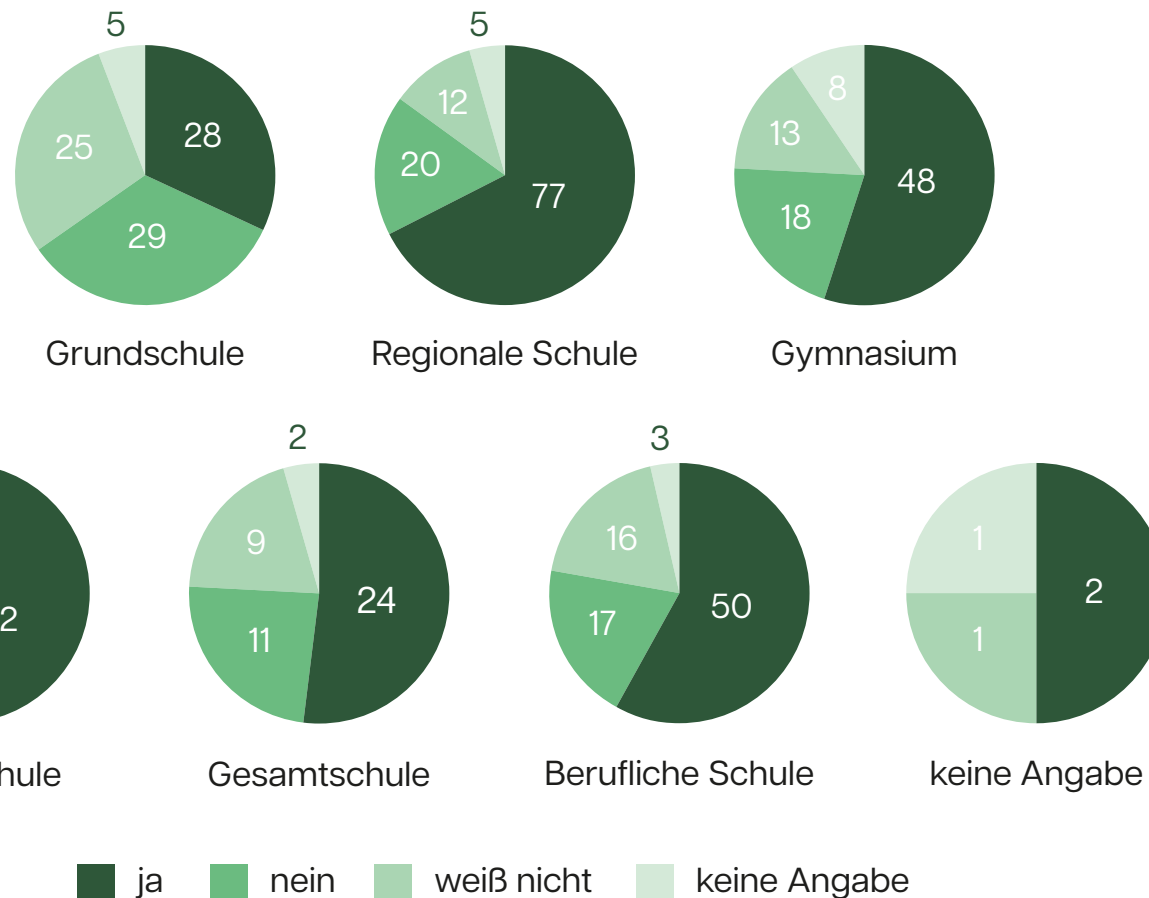


Hausordnungen als Element einer repressiven Strategie

Im Rahmen unsere Befragung interessierte uns auch, inwieweit Schulen über eine Hausordnung verfügen und diese als strategisches Mittel im Umgang mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen

einsetzen können. Eine inhaltliche Auswertung der Hausordnungen und der sich daraus ergebenden Handlungsmöglichkeiten konnte im Rahmen des Projektes nicht geleistet werden.

Verfügt Ihre Schule über eine Hausordnung, die den Umgang mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen regelt?



Demokratische Schulkultur als Element einer integrativen Strategie

Die politische Bildung und Demokratiebildung tragen auch zur Prävention von Radikalisierungsprozessen bei. Politische Bildung als Unterrichtsfach (Sozialkunde/ Politische Bildung/ Gesellschaftswissenschaften) sowie als Fachprinzip aller Fächer (Kontroversität, Überwältigungsverbot) und als demokratische Schulkultur und Demokratiepädagogik (Bicheler u. a. 2023) sind Grundlage schulischer Demokratiebildung.

Die zuletzt benannte Aufgabe der Demokratieerziehung findet sich mittlerweile in allen neu erstellten Rahmenlehrplänen im Land Mecklenburg-Vorpommern wieder. Demokratische Schulkultur ist ein elementarer Bestandteil der Demokratiebildung. Sie zu implementieren und an den Schulen aufzubauen, ist von herausragender Bedeutung. Die im Schulgesetz verankerte Schulmitwirkung ist dabei eine Säule, in der Schüler:innen wirksam im schulischen Raum partizipieren können. Auf institutioneller Ebene stehen in Mecklenburg-Vorpom-

mern hierfür mehrere Anlaufpunkte für Beratungen zur Verfügung. Bei dem Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schule (KuBES) handelt es sich um eines dieser Stellen. Angesiedelt am IQ M-V arbeitet ein multiprofessionelles Team in Zusammenarbeit mit schulischen Akteur:innen, Schüler:innen sowie Eltern in verschiedenen Handlungsfeldern. Sowohl die Präventionsarbeit als auch die Unterstützung bei themenbezogenen Schulentwicklungsprozessen sind auszugsweise zu benennen und finden sich auch im Bereich der demokratischen Schulentwicklung wieder. Eine weitere Institution ist das sogenannte Unterstützungssystem mit Berater:innen, aufgeteilt in vier Regionen des Bundeslandes. Neben fachspezifischen sowie schulbezogenen Berater:innen gehören auch vier Koordinator:innen für Schulentwicklung zum Netzwerk.

Demokratische Schulkultur als Element einer integrativen Strategie

Die drei Säulen der Demokratiebildung in der Schule

POLITISCHE BILDUNG ALS UNTERRICHTSFACH

Lernen durch Kontroversität

*Verbindung von Wissen mit
Analyse-, Urteils- und Hand-
lungskompetenz*

*Sozialkunde / Sachkunde /
Politische Bildung als
Fach(-anteil)*

► *Umsetzung: mittels politik-
didaktischer Prinzipien*

POLITISCHE BILDUNG ALS PRINZIP

Lernen durch Kontroversität

*Kontroverse Fragen in allen
Fachkontexten*

Alle Fächer / alle Lehrkräfte

► *Umsetzung: v.a. mittels
ausgewählter politik-
didaktischer Prinzipien*

DEMOKRATIEPÄDAGOGIK ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Lernen durch Erfahrung

*Schule und Unterricht als
Orte der Demokratie*

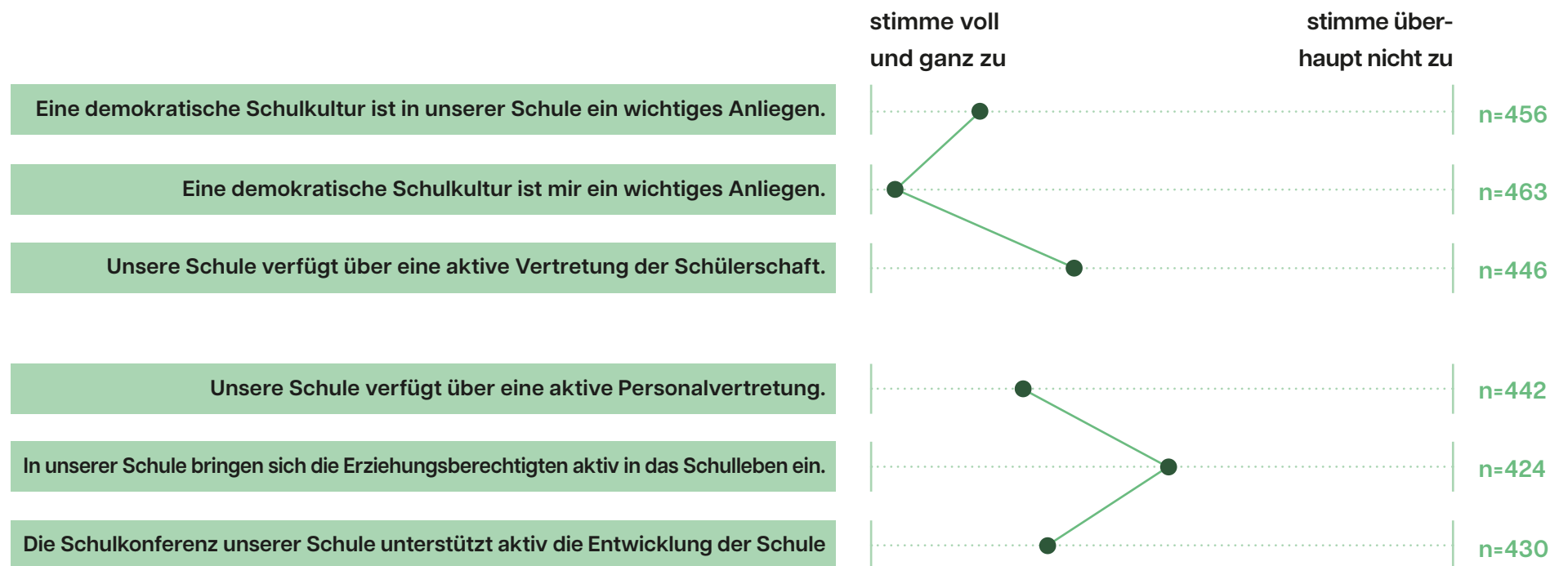
*Verantwortlichkeit aller an
Schule Beteiligten*

► *Umsetzung: v.a. mittels
Projektieren und demo-
kratischer Schulkultur*

Demokratische Schulkultur als Element einer integrativen Strategie

In der Befragung konnte festgestellt werden, dass nach Wahrnehmung der schulischen Akteur:innen, der demokratischen Kultur eine bedeutende Rolle zugeschrieben wird. Noch deutlicher zeigt sich diese Ausprägung auf individueller Ebene. In Bezug auf die Vertretungen von Schüler:innen, Lehrkräften oder auch

der Schulkonferenz, als wichtige Elemente einer demokratischen Schulkultur, vor allem aber bei der Einbringung von Erziehungsberechtigten in das Schulleben ist ein gewisser Abstand zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu konstatieren.



Akteure der Radikalisierungsprävention in Mecklenburg-Vorpommern

STAATLICHE AKTEURE

*Interministerielle
Arbeitsgruppe
Handlungsrahmen für
Demokratie und Toleranz*

*Landeskoordinierungs-
stelle Demokratie und
Toleranz in der Landes-
zentrale für politische
Bildung Mecklenburg-
Vorpommern*

*Ministerium für Bildung
und
Kindertagesförderung
(ZDS, KuBES u.a.)*

*MAEX
(Mobile Aufklärung
Extremismus)
Polizei*

*Beratungsnetzwerk
Demokratie und
Toleranz*

ZIVILGESELLSCHAFT

*Regionalzentren
BBT
LOBBI
JUMP
DIA.MV
Bidaya
Dau wat e.V.
Helden statt Trolle
Demokratiebus
BAEM!
Respect Coaches
Partnerschaften für Demokratie
WarmUp!
SoBi
CJD Nord
Schabernack e.V.
Evangelische Akademie der
Nordkirche
NDC
Verquer
RAA MV
Parteinahe Stiftungen
LJR MV*

Präventionslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Strategiekompass



Präventionslandschaft M-V – Legende

BAEM	BAEM! Queere Bildungs-, Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit in M-V lokal verankern!
Dau Wat	Mitbestimmung, Ausbildung, Zukunft“ (Dau wat e.V.)
Verquer	verquer. vielfältige Bildung in Vorpommern
SoBi	Soziale Bildung e.V.
NDC	Netzwerk für Demokratie und Courage
KuBES	Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schule
MAEX	Mobile Aufklärung Extremismus
ZDS	Zentraler Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie
BBT	Betriebliches Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern
Bidaya	Fachstelle Bidaya“ (Prävention von religiös begründetem Extremismus)
Jump	JUMP - Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung
WarmUp!	Warmup! (Mecklenburger AnStiftung)
Schabernack	Schabernack - Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e.V.“

Regionalzentren für demokratische Kultur

Eine besondere Stellung innerhalb der Präventionslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern nehmen die 2007 ins Leben gerufenen Regionalzentren für demokratische Kultur ein. Sie sollen in fünf Regionen des Landes ein multiprofessionelles Team zur Verfügung stellen und Beratung, Schulung und Unterstützung anbieten, sowie vergleichbar mit dem landesweiten Beratungsnetz, regionale Netzwerke aufbauen und unterstützen. Diese Struktur wurde bewusst dezentral aufgesetzt und zivilgesellschaftlichen Trägern übergeben. Regionalzentren befinden sich derzeit in Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfwerks (CJD), der Evangelische Akademie der Nordkirche sowie der RAA.

- 1 Landkreis und Hansestadt Rostock**
Evangelische Akademie
- 2 Vorpommern-Rügen**
Evangelische Akademie
- 3 Vorpommern-Greifswald**
CJD
- 4 Westmecklenburg**
RAA
- 5 Mecklenburgische Seenplatte**
CJD

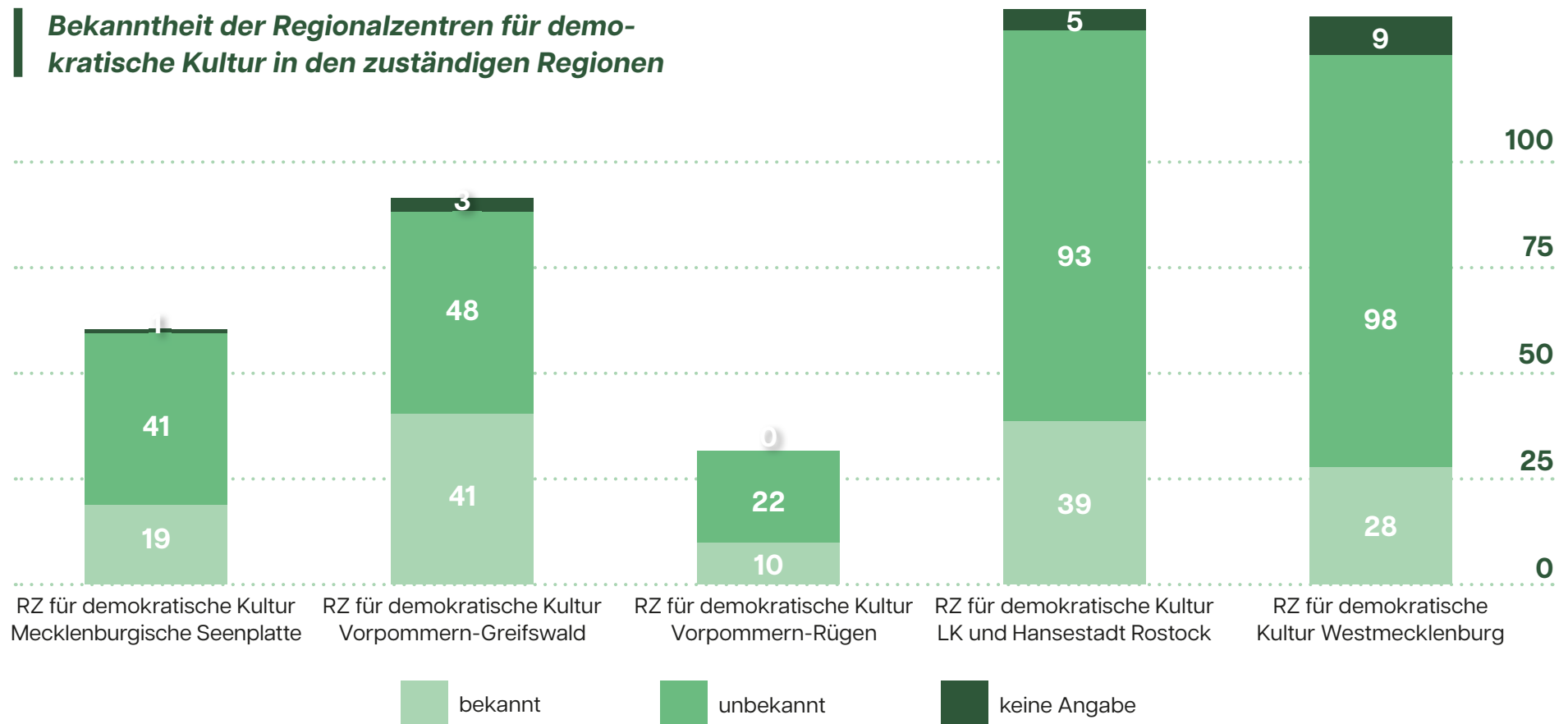


Regionalzentren für demokratische Kultur

Die Regionalzentren für demokratische Kultur spielen für Schulen auf verschiedenen Ebenen eine herausragende Rolle, indem sie sowohl präventiv, integrativ als auch reaktiv unterstützen können. Hierfür fragten wir die schulischen Akteur:innen, inwiefern die Regionalzentren in den jeweiligen Regionen bekannt sind.

Aufgrund der nicht vorhandenen Repräsentativität und der unterschiedlichen Rückläufe ist ein Vergleich zwischen den Regionalzentren nicht möglich. Jedoch ist ersichtlich, dass für schulische Akteur:innen diese Struktur eher unbekannt ist und somit das potenzielle Angebot für die Schulen nicht erreichbar ist.

Bekanntheit der Regionalzentren für demokratische Kultur in den zuständigen Regionen



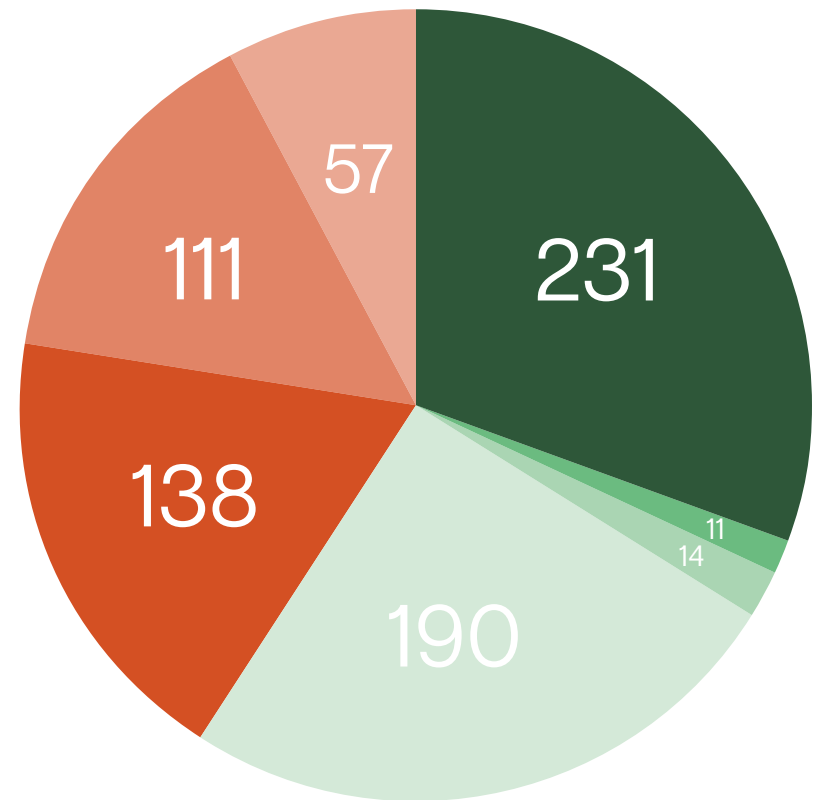
Kooperation von schulischen und außerschulischen Akteur:innen

Wie erfahren schulische Akteur:innen von den außerschulischen Angeboten?

Für die Anbahnung von Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Akteur:innen ist vor allem die Sichtbarkeit der Angebote von Bedeutung. Aus diesem Anlass heraus fragten wir von wem sie von den Angebote außerschulischer Projekte und Partner erfahren haben.

Dabei zeigte sich wiederholt, dass die Informationen größtenteils im Kollegium erfragt werden, dicht gefolgt von der Suche nach Angeboten der außerschulischen Akteur:innen im Internet. Aufgrund der Vielzahl an Angeboten im Bundesland erscheint eine zentrale übersichtliche Darstellung der möglichen Unterstützungen aus Perspektive der Schule sinnvoll.

Bitte geben Sie an, woher Sie von den Angeboten mit außerschulischen Projekten und Partnern erfahren haben



Kolleg/innen

Erziehungsberechtigte

Schüler/innen

Internet

Fortbildung

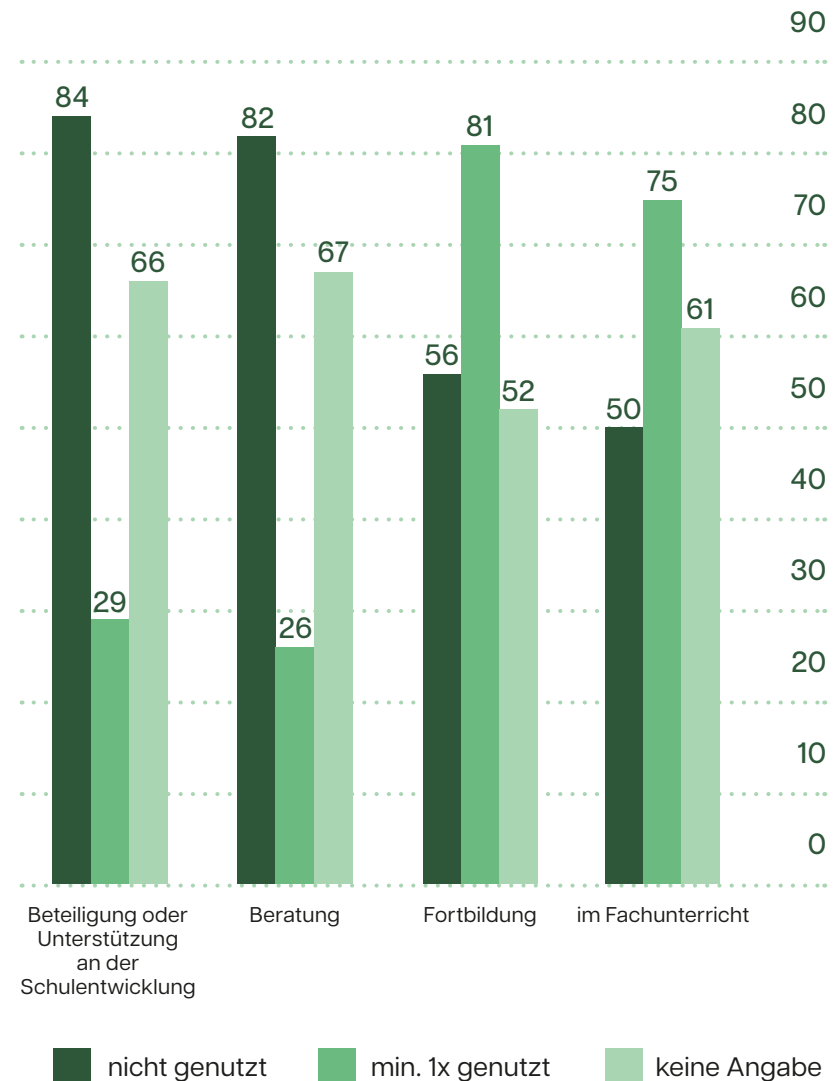
Flyer

Sonstiges

Nutzung der Kooperation

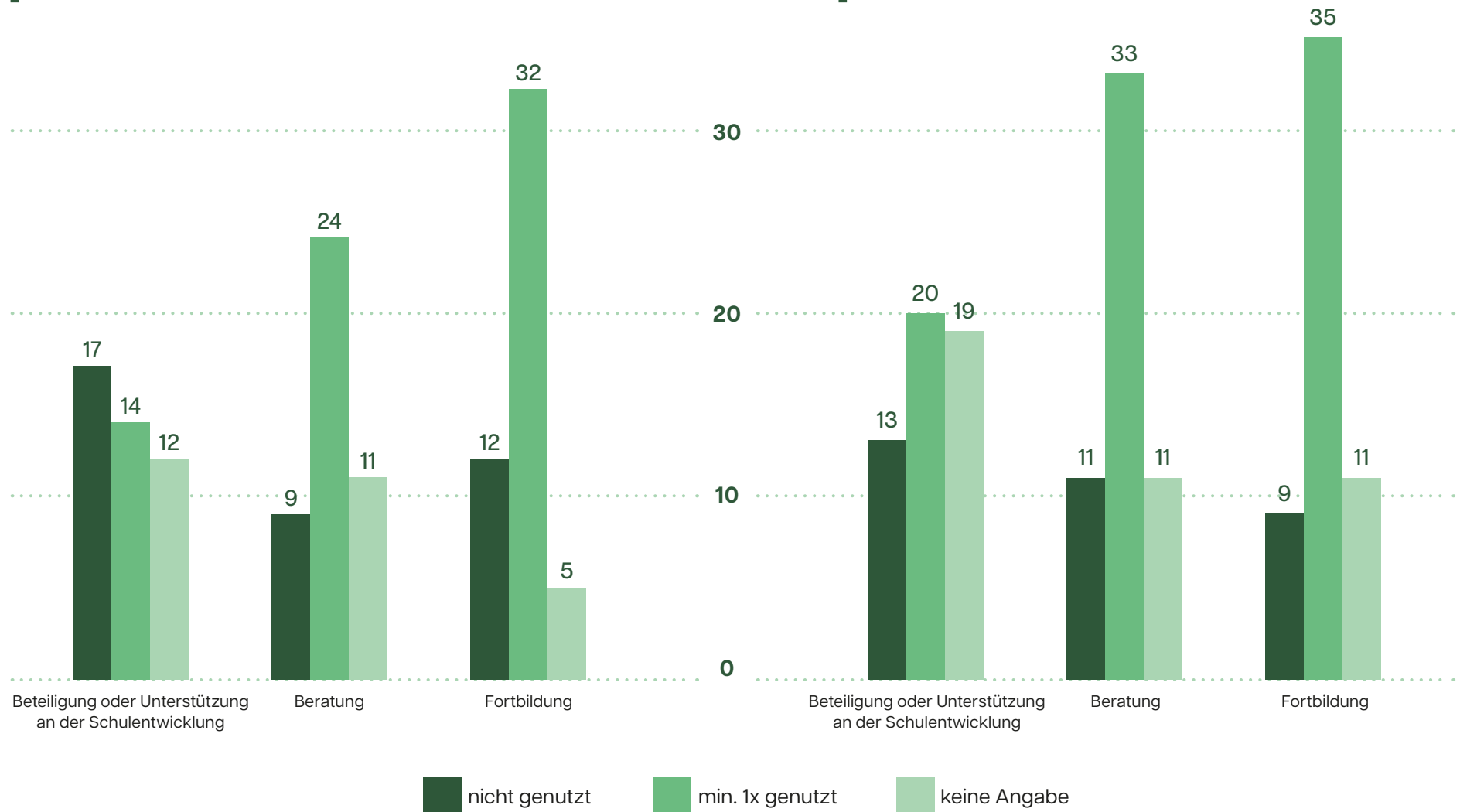
Die außerschulischen Angebote dienen der Beratung, Fortbildung, zur Unterstützung im Fachunterricht sowie bei Schulentwicklungsprozessen. Alle schulischen Akteur:innen nutzten diese Kooperationen zur Fortbildung. Allerdings nutzten Schulleitungen und Schulsozialarbeitende die Angebote zur Beratung, was für Lehrpersonen überwiegend nicht von Bedeutung war. Auch bei der Unterstützung von Schulentwicklungsprozessen nutzten naheliegenderweise vor allem Schulleitungen dieses Angebot, während bei Lehrpersonen dies eine untergeordnete Rolle spielte

LEHRKRÄFTE, welche bisher Angebote von außerschulischen Projekten und Partnern genutzt haben.

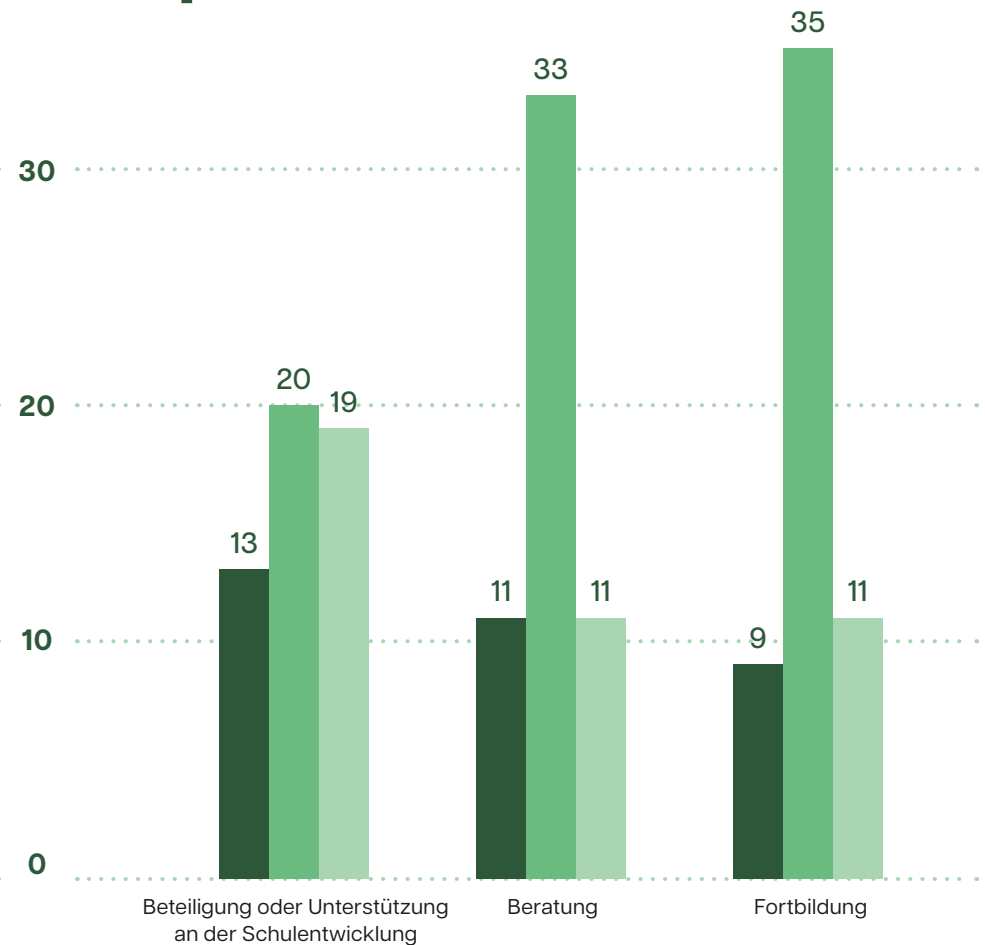


Nutzung der Kooperation

SCHULLEITUNGEN, welche bisher Angebote von außerschulischen Projekten und Partnern genutzt haben.



SCHULSOZIALARBEITER:INNEN, welche bisher Angebote von außerschulischen Projekten und Partnern genutzt haben.



Herausforderungen der Kooperation

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partner:innen von mehreren Bedingungen begünstigt wird, die sowohl strukturelle als auch organisatorische Aspekte umfassen.

Zeitliche Passung: Die zeitliche Anpassung der Angebote an den Schulalltag erweist sich als wichtig. Während insgesamt 50 von 251 Befragten dies als problematisch einstufen, sind die Herausforderungen besonders in Gymnasien ausgeprägt, während Grundschulen weniger betroffen scheinen. Eine flexible Zeitgestaltung der Projekte könnte die Umsetzung daher fördern.

Finanzielle Mittel: Die hohe Bewertung des finanziellen Faktors in der Befragung hat uns erstaunt. Nach den Gruppeninterviews interpretieren wir das Ergebnis dahingehend, dass Schulen aus Mangel an kostenfreien, durch Bund und Land finanzierten Angeboten, teilweise auf kostenpflichtige Angebote zurückgreifen. Wir sehen dies nicht nur als Mangel der Quantität vorhandener Angebote sondern sehen auch die Frage der Qualitätsprüfung teilweise kommerzieller Projekte als nicht durchgängig gegeben.

Projektzufriedenheit: Eine hohe Zufriedenheit mit Projekten ist zentral für wiederholte Kooperationen. Von den 325 Teilnehmenden äußerten sich 127 positiv zur Projekterfahrung, während nur 26 eine eher ablehnende Haltung einnahmen. Die allgemeine Zufriedenheit bestätigt die hohe Akzeptanz der Projekte und die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit.

Informationen über Angebote: Die Verfügbarkeit ausreichender Informationen über potenzielle Angebote wird ebenfalls als förderlicher Faktor für die Projektwahl und -planung erachtet. Zwar gaben nur 75 Befragte an, die Informationslage sei unzureichend, dennoch könnte die Bereitstellung gezielter Informationen die Auswahl und Kontaktaufnahme erleichtern.

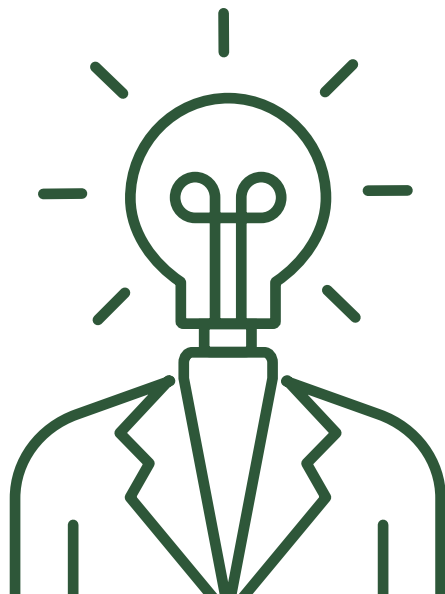
Zeitliche Ressourcen der Beteiligten: Die Verfügbarkeit zeitlicher Ressourcen stellt eines der zentralen Hindernisse für eine erfolgreiche Kooperation dar. Knapp 37% der Teilnehmenden gaben an, dass ihnen die notwendigen zeitlichen Kapazitäten für eine effektive Projektumsetzung fehlen. Diese fehlenden Ressourcen betreffen insbesondere Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende und Schulleitungen und verdeutlichen die Notwendigkeit von Entlastungsstrukturen.

Handlungsempfehlungen I

Sensibilisierung und Auseinandersetzung fördern und ermöglichen

Lehrkräfte bedürfen einer Sensibilisierung für die Wahrnehmung antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen.

Lehrpersonen benötigen Informationen und eine Sensibilisierung für die unterschiedlichen Formen antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen, um diese im schulischen Alltag in ihren umfassenden Dimensionen erkennen zu können. Die Sensibilisierung erscheint notwendig, um adäquate Präventionsmöglichkeiten gezielt anfordern zu können sowie mögliche Strategien hinsichtlich des Umgangs umzusetzen.



Der Wahrnehmung antidemokratischer Vorfälle sollte eine klare Einordnung und eine Zuordnung passgenauer Maßnahmen der Prävention, Integration, Reaktion oder Repression folgen.

Insbesondere bei Vorfällen, welche unterhalb der Schwelle für meldepflichtige Vorfälle liegen, benötigt es entsprechende Kompetenzen, um passgenaue Reaktionen und Maßnahmen von Seiten der Schule einleiten zu können. Wir empfehlen, eine gezielte Strategie „Antidemokratische Herausforderungen in Schulen begegnen“ zu entwerfen und zu implementieren, die aus den Elementen: Sensibilisierung, Fortbildungen, (verpflichtender) SCHILF-Tagen und Materialien (kurze Handreichungen) bestehen sollte. Grundlage hierfür kann der Radikalisierungskompass darstellen. Eine solche Strategie kann in den jeweiligen Schulen dann spezifisch angepasst und konkretisiert werden.

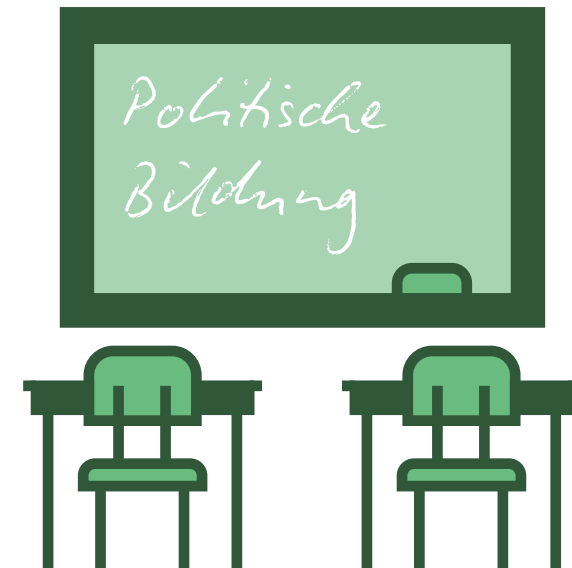
Handlungsempfehlungen I

Sensibilisierung und Auseinandersetzung fördern und ermöglichen

Politische Bildung ist bereits in jüngeren Klassenstufen notwendig. Insbesondere durch den digitalen Raum sind Kinder und Jugendliche schon im jungen Alter in Kontakt mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen und erhalten durch die Schule keinerlei Begleitung in diesen Fragen.

Mit dem Fach Gesellschaftswissenschaften für die Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6), welches derzeit als Modellprojekt erprobt wird, liegt bereits ein fertiger Rahmenplan vor. Die Integration der politischen Bildung in dieses Fach ermöglicht eine demokratische Unterstützung des Sozialisationsprozesses. Außerdem benötigt es eine adressatenspezifische sowie inhaltliche angepasste Ausweitung der politischen Bildung im Fach Sachunterricht in der Grundschule. Dies ermöglicht eine frühzeitige demokratische Wertevermittlung sowie Kompetenzen im Umgang mit antidemokratischen Positionen und Verhaltensweisen. Hierfür ist die Aus- und Fortbildung der Grundschullehrkräfte zu intensivieren. Insbesondere für den Umgang von aPuV mit Bezügen zum Nationalsozialismus bedarf es spezifischer Räume für die Thematisierung und Bearbeitung. Fachlich stellt das Fach Gesellschaftswissenschaften hierfür breite

Möglichkeiten zur Verfügung. Partizipative Gremien wie der Klassenrat bieten die Chance, frühzeitig Demokratie zu erfahren und auch dort Auseinandersetzungen mit Diskriminierenden Äußerungen zu lernen. Hierbei geht es neben der Stärkung von demokratischen Werten, vor allem um die inhaltliche Aufklärung, bevor eine entsprechende Thematisierung im Geschichtsunterricht in Klasse 9 stattfindet.



Handlungsempfehlungen II

Reform des Meldeverfahrens

Die Lehrpersonen sollten besser über das in Mecklenburg-Vorpommern eingeführte Meldeverfahren bei extremistischen und antidemokratischen Vorfällen und über die Verpflichtung zur Meldung informiert werden (gemäß Verwaltungsvorschrift für den Umgang mit Notfällen an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern).

Einem nicht unerheblichen Anteil von Lehrpersonen ist das Verfahren nicht bekannt. Diese können es daher nicht nutzen. Weiterhin sollten Schulleitungen für die Aufnahme sowie Weitergabe der gemeldeten Fälle angehalten werden, damit das Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung ein realistisches Lagebild von Vorfällen mit politisch motivierter Kriminalität erhält und gegebenenfalls Strategien und Maßnahmen vorbereiten und umsetzen kann.

Die Teams für Gewaltprävention und Krisenintervention sollten speziell für den Bereich antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen fortgebildet werden. Sie können als Ansprechpartner:innen für Schüler:innen und Lehrkräfte dienen und diese beratend unterstützen.

Mit den in der Verwaltungsvorschrift beschriebenen Teams für Gewaltprävention und Krisenintervention existiert bereits an den Schulen eine Struktur, welche als Ansprechpartner:innen für schulische Akteur:innen genutzt werden kann. Diese benötigen für diese Aufgabe jedoch eine entsprechende Fortbildung um Vorfälle erkennen und für ein adäquates Handeln beraten zu können. Hierzu zählt auch die Frage, inwiefern die Polizei eingeschaltet werden muss oder ob dem Vorfall pädagogisch, beispielsweise in einem schulinternen Verfahren, begegnet wird.

Die alleinige Meldeberechtigung für Schulleitungen ist zu überdenken. Eine Erweiterung auf alle Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende, Erziehungsbeauftragte und Schüler:innen würde das Verfahren verändern. Über eine eventuelle alternative Meldeplattform sollte diskutiert werden.

Die Fokussierung auf die Schulleitungen hat einerseits entlastende Wirkung für die Lehrkräfte. Andererseits nimmt sie den weiteren an Schule Beteiligten die Möglichkeit der Intervention. Daher sollten alternative Plattformen oder Interventionsmöglichkeiten diskutiert und ggf implementiert werden.

Handlungsempfehlungen III

Angebote besser kommunizieren und ausbauen

Um Schulen eine klare Übersicht über die vielfältigen Unterstützungsangebote zu geben, sollte eine digitale Übersicht erstellt werden, aus der inhaltliche, organisatorische und finanzielle Informationen abgerufen werden können. Diese ist (monatlich) zu aktualisieren.

Die zentralen Informationen könnten beispielsweise in Form einer Homepage zur Verfügung gestellt werden, welche alle außerschulischen Akteur:innen mit ihren angebotenen Projekten oder Beratungen auflistet, entsprechend ihrer Zielstellung nach dem Strategiekompass einordnet und nicht zuletzt die Kontaktinformation bereitstellt. Ergänzt werden sollte dies durch eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Angebote, damit Lehrpersonen die Passung zu ihrem Bedarf prüfen können. Solch eine Übersicht bedarf der regelmäßigen Überarbeitung, liefert dafür schulischen Akteur:innen einen direkten Anlaufpunkt bei Bedarfen von Prävention oder Intervention.

Eine regional differenzierte Bekanntheit der Angebote ist nicht festzustellen.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine regional differenzierte Bekanntheit nicht entscheidend ist – dies sollte in der Öffentlichkeitsstrategie einbezogen werden. Eine klare Werbung mit der „Marke Regionalzentrum“ wäre zu diskutieren, was beinhaltet, die jeweilige Verortung bei einem der Träger in der Außendarstellung nach hinten zu schieben. Die Regionalität der Angebote sollte im Rahmen einer zentralen Informations- und Werbeplattform nur sichtbar gemacht werden, wenn diese Einfluss auf die Verfügbarkeit hat.

Handlungsempfehlungen III

Angebote besser kommunizieren und ausbauen

Die Angebotsstruktur ist den Bedarfen des Flächenlandes anzupassen.

Vor allem Schulen im ländlichen Raum haben Probleme außerschulische Akteur:innen für Projekte zu gewinnen. Aus diesem Grund ist nicht nur ein personeller Ausbau notwendig, sondern auch eine Dezentralisierung der außerschulischen Angebote, wie sie bereits durch die Verteilung der fünf Regionalzentren besteht.

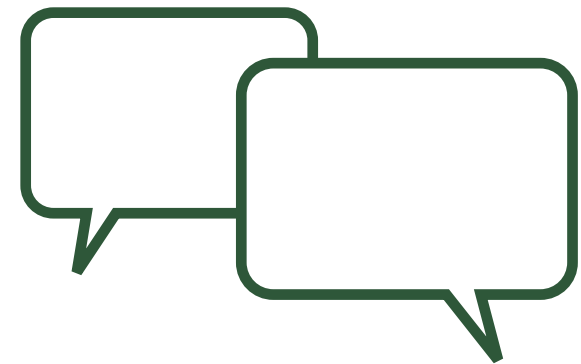
Die Angebote sind vor allem im Bereich von Reaktion und Integration zu verstärken.

Mit Blick auf den Strategiekompass bedarf es eines Ausbaus der integrativen sowie einer stärkeren Fokussierung der reaktiven Angebote. Die Integration und damit die Unterstützung der Schulen bei der Implementierung sowie Umsetzung einer demokratischen Schulkultur stellt ein wichtiges Anliegen dar, um aPuV vorzubeugen. Außerschulische Akteur:innen können und sollten hierbei entsprechend ihrer Ressourcen Schulen beratend zur Seite stehen. Im Bereich der Reaktion herrscht ein großer Bedarf bei schulischen Akteur:innen. Projekte und Träger müssen dieses Angebot stärker in den Mittelpunkt rücken, um beispielsweise Lehrkräfte im Um-

gang mit aPuV fortzubilden. Neben der notwendigen Prävention erscheinen Angebote der Reaktion – vor allem angesichts der Zunahme an Vorfällen – dringend geboten.

Ein proaktives Vorgehen außerschulischer Akteur:innen ist notwendig.

Die Überforderung von Schulen und die teilweise geringe Sensibilisierung gegenüber den vielfältigen Formen antidemokratischer Positionen und Verhaltensweisen machen ein proaktives Vorgehen außerschulischer Akteur:innen bei sich abzeichnenden Konflikt- und Krisensituationen in Schulen notwendig.



Handlungsempfehlungen III

Angebote besser kommunizieren und ausbauen

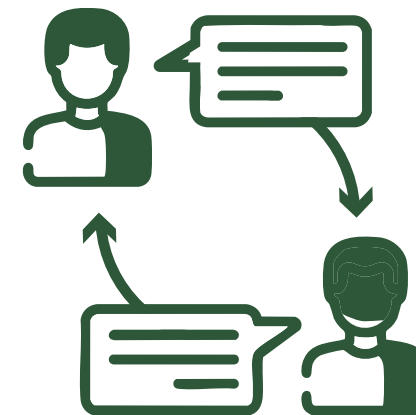
Schulorganisation sollte aufgefordert und motiviert werden, eine höhere Bereitschaft zur Flexibilität zu entwickeln, um außerschulische Kooperationen zu erleichtern.

Um Projektstunden, -tage oder auch -wochen umzusetzen, außerschulische Kooperationen einzugehen oder auch situativ auf aktuelle Vorfälle reagieren zu können, muss Schule den Lehrkräften und Schulsozialarbeitenden flexible (zeitlich, räumlich, inhaltlich/ Rahmenplan) Räume zur Verfügung stellen. Andererseits ist eine Anschlussfähigkeit der Inhalte von außerschulischen Projekten an den Rahmenlehrplan notwendig, sodass die vermittelten Inhalte und Kompetenzen nachhaltig implementiert sowie im Unterrichtsgeschehen wiederholend aufgegriffen werden können.

Schulsozialarbeit ist als Ansprechpartner:in für außerschulische Akteur:innen und ihrer Wirkung in Schule zu stärken.

Die Schulsozialarbeit erwies sich als Schnittstelle bei der Kooperation von schulischen und außerschulischen Akteur:innen. Für sie gilt gleichermaßen die Notwendigkeit weiterer Sensibilisierung sowie Fortbildung in Bezug auf

antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen, um im Umgang mit Vorfällen, aber auch in der Anbahnung von Präventionsmöglichkeiten handlungsfähig zu sein. Damit dieses Aufgabenspektrum vollumfänglich und effektiv umgesetzt werden kann, bedarf es grundlegend die Implementierung von Schulsozialarbeit an jeder Schule sowie erweiternd den Ausbau dieser schulischen Akteur:innen. Über eine stärkere Kooperation der hier zuständigen Ministerien wäre nachzudenken.



Ausblick

Interessant sind aus unserer Sicht weitere Fragen, denen in folgenden Projekten nachgegangen werden sollte:

Die schulinterne Arbeitsteilung zwischen Schulleitung, Schulsozialarbeitenden und Lehrkräften ist differenzierter zu betrachten. Welche Projektangebote sollten hier welche Gruppe schwerpunktmäßig adressieren. Ein interessantes Ergebnis war aus unserer Sicht, die geringe Kritik an Schulleitungen. Diese wurden i.d.R. als unterstützend wahrgenommen. Dies sollte nochmals genauer betrachtet werden.

Eine tiefergehende Analyse der Daten vor allem zur unterschiedlichen Rolle von Schulsozialarbeitenden oder eine Aufschlüsselung nach Dienstjahren der Lehrkräfte und andere Filterfragen könnten in einem zweiten Schritt erfolgen.

Im Datensatz liegen uns zahlreiche Hinweise auf die Nutzung von Gedenkstätten vor. Dies war nicht der Fokus unseres Projektes. Das Material gibt aber Anlass, diese Daten nach Schulen und Bedarfen nochmals genauer zu analysieren.

In der Rolle der demokratischen Schulkultur sehen wir

einen Schlüssel für die Prävention antidemokratischer Tendenzen. Die erste Auswertung der Umfrage zeigte uns hier ein eher ambivalentes Bild. Lehrkräfte scheinen mit dem Engagement der Schule in diesem Bereich zufrieden zu sein. Hier ist jedoch eine tiefere Analyse notwendig.

Die Rolle von Schüler:innen wurde in unserem Projekt nicht berücksichtigt. Hierzu wären eigene Projekte mit einem eigenen inhaltlichen und methodischen Design notwendig. Dies erscheint uns in hohem Maße erkenntnis-versprechend, da Schüler:innen antidemokratische Positionen und Verhaltensweisen täglich ungefiltert erleben und davon auch in besonderem Maße betroffen sind. Sie können einschätzen, inwieweit diese auch vom Schulpersonal ausgehen.

Vor allem musste das Projekt darauf verzichten, eine inhaltliche Auswertung der Angebote außerschulischer Träger zu erarbeiten. Die Zuordnung zu dem Zielen des Strategiekompasses erfolgte lediglich aufgrund der Auswertung der Selbstbeschreibung der Projekte. Eine Analyse der Angebote nach methodischen und inhaltlichen Kriterien, die über eine reine Selbstbeschreibung hinausgehen könnte Elemente einer Evaluation und Analyse verbinden.

Literatur

Bicheler, Joachim; Heinrich, Gudrun; Klameth, Wolfgang (2023): Politische Bildung und Demokratiepädagogik in der Lehrer*innenbildung an der Universität Rostock - Das „Rostocker Modell“, in: Franzmann, Elisabeth; Berkemeyer, Nils; May, Michael (Hg.): Strukturen der Demokratiebildung in der ersten Phase der Lehrerbildung, Weinheim, S. 57–79.

Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun (2010): Einleitung. In: Hubertus Buchstein und Gudrun Heinrich (Hg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach, S. 13–54.

Dannemann, Udo (2023): Vorstellungen von Lehrer*innen im Fokus – Antidemokratische Positionen und Einstellungen als zentrale Herausforderung im Schulalltag? In: Bechtel, Theresa; Firsova, Elizaveta; Schrader, Arne; Vajen, Bastian; Wolf, Christoph (Hg.): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung. Frankfurt/M., S. 165-185.

Heitmeyer, Wilhelm (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 1. Auflage. Frankfurt/M., S. 15-41.

Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (2010): Verwaltungsvorschrift für den Umgang mit Notfällen an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In: Mitteilungsblatt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 2/2010, S. 119.

Impressum

Die Arbeit war nur durch die finanzielle Förderung durch die Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung möglich. Die ersten Überlegungen für dieses Projekt begannen schon 2021/22. Die Realisierung konnte dann 2023 und 2024 umgesetzt werden. Für die zahlreichen konstruktiven Gespräche und wichtigen Impulse, vor allem von Ute Schmidt, Ute Neumann und Katrin Benkenstein, möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Die Kooperation war stets von einer Bereitschaft, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und einem großen Vertrauen geprägt. Begleitet wurde die Arbeit durch einen Beirat aus Mitgliedern des Zentrums für Lehrkräftebildung und Bildungsforschung, der Stabsstelle politische Bildung des Bildungsministeriums, dem Zentralen Fachbereich für Diagnostik und Schulpsychologie und der LKS. Wir danken für die vielen wichtigen Hinweise Prof. Dr. Andreas Diettrich, Dr. Ivonne Driesner, Helen Hammerich, Ute Neumann, Anika Radtke, Ute Schmidt, Dr. Steffen Schoon, Prof. Dr. Vicki Täubig und Dr. Anja Vatterott. Im Rahmen von Forschungstätigkeiten fallen viele Aufgaben an, die im Team verteilt und bearbeitet werden müssen. Wir danken für die engagierte und zuverlässige Begleitung Matti Birkholz, Nektarios Noutsis und Trinidad Almendra Arias Villalobos. Ohne die Bereit-

schaft zur Teilnahme an unserer Umfrage, wie auch der engagierten Beteiligung an den Expert:innengesprächen wäre unser Projekt nicht möglich gewesen. Allen gilt hierfür unser Dank.

Rostock, Februar 2025

Alexandra Gericke, Johannes Haupt, Gudrun Heinrich und Nils Zenker



Arbeitsstelle
**politische Bildung und
Demokratiepädagogik**

Universität Rostock

gefördert durch:

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**